

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Dr. Julia Verlinden, Ingrid Nestle, Sylvia Kotting-Uhl, Lisa Badum, Dr. Bettina Hoffmann, Oliver Krischer, Steffi Lemke, Claudia Müller, Gerhard Zickenheiner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Beeinträchtigung der fossil-atomaren Energieversorgung durch Hitze, Trockenheit und Unwetter**

Der Sommer 2018 war in Deutschland durch eine lang anhaltende Dürre- und Hitzeperiode geprägt. Diese Wetterlage hatte nicht nur erhebliche Auswirkungen auf die Landwirtschaft, sondern auch auf die Energieversorgung in Deutschland. Sowohl Kohle- als auch Atomkraftwerke mussten zeitweise ihre Leistung drosseln, da sie nicht mehr ausreichend gekühlt werden konnten (vgl. [www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/kraftwerke-muessen-ihre-leistung-wegen-hitzewelle-drosseln-a-1220404.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/kraftwerke-muessen-ihre-leistung-wegen-hitzewelle-drosseln-a-1220404.html)).

Auch die Treibstoffversorgung wurde durch die extreme Wetterlage erschwert: Durch niedrige Pegelstände der Flüsse kam es zu Lieferengpässen bei Benzin und Diesel, die zu großen Teilen per Binnenschiff transportiert werden. In der Folge musste der Verkauf von Benzin oder Diesel an einigen Orten eingestellt werden. Auch Unternehmen wie Thyssenkrupp oder BASF waren zeitweilig gezwungen, ihre Produktion einzuschränken (vgl. [www.zeit.de/wirtschaft/2018-11/flusspegel-pegelstaende-niedrigwasser-rhein-lieferengpaesse-benzin-diesel-duerre](http://www.zeit.de/wirtschaft/2018-11/flusspegel-pegelstaende-niedrigwasser-rhein-lieferengpaesse-benzin-diesel-duerre)).

Weltweit waren die vergangenen fünf Jahre die wärmsten seit Beginn regelmäßiger Wetteraufzeichnungen. Auch in Deutschland gehörten sie zu den Jahren mit der höchsten Durchschnittstemperatur. Im Zuge der fortschreitenden Klimakrise sind Extremwetterlagen wie 2018 häufiger zu erwarten. Zu diesem Ergebnis kommt ein gemeinsames Forschungsprojekt von Deutschem Wetterdienst, Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Technischem Hilfswerk und Umweltbundesamt (vgl. [www.dwd.de/DE/forschung/klima\\_umwelt/klima\\_projektionen/extremereignisse/extremereignisse\\_node.html](http://www.dwd.de/DE/forschung/klima_umwelt/klima_projektionen/extremereignisse/extremereignisse_node.html)).

In der Folge wird auch die Energieversorgung in Deutschland aller Voraussicht nach in den kommenden Jahren durch Hitze, Trockenheit oder extreme Unwetter vermehrt beeinträchtigt werden. Der Deutsche Wetterdienst warnte bereits vor der Gefahr einer erneuten Dürre in diesem Jahr (vgl. [www.tagesschau.de/inland/wetterdienst-duerre-sommer-101.html](http://www.tagesschau.de/inland/wetterdienst-duerre-sommer-101.html)). Nach Ansicht der Fragesteller ist die Bundesregierung daher gefordert, auf die wetterbedingten Schwachpunkte der fossil-atomaren Energieversorgung in Deutschland zu reagieren.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Atomkraftwerke mussten nach Informationen der Bundesregierung in den vergangenen fünf Jahren wegen geringer Wasserstände in den Kühlwasser führenden Flüssen oder zu hoher Wassertemperaturen gedrosselt oder abgeschaltet werden (bitte Standort, Kraftwerksleistung, Leistungsverringerung und Dauer der Einschränkung auflisten), und welche Strommengen konnten dadurch maßgeblich nicht produziert werden (bitte ebenfalls kraftwerksscharf auflisten)?
2. Welche Kohlekraftwerke mussten nach Informationen der Bundesregierung in den vergangenen fünf Jahren wegen geringer Wasserstände in den Kühlwasser führenden Flüssen oder zu hoher Wassertemperaturen gedrosselt oder abgeschaltet werden (bitte Standort, Kraftwerksleistung, Leistungsverringerung und Dauer der Einschränkung auflisten), und welche Strommengen konnten dadurch maßgeblich nicht produziert werden (bitte ebenfalls kraftwerksscharf auflisten)?
3. Welche Lauf- und Speicherwasserkraftwerke mussten nach Informationen der Bundesregierung in den vergangenen fünf Jahren wegen geringer Wasserstände in den genutzten Gewässern gedrosselt oder abgeschaltet werden (bitte Standort, Kraftwerksleistung, Leistungsverringerung und Dauer der Einschränkung auflisten), und welche Strommengen konnten dadurch maßgeblich nicht produziert werden (bitte ebenfalls kraftwerksscharf auflisten)?
4. Welche sonstigen Kraftwerke auf Basis von Erdgas, Öl oder anderen Brennstoffen mussten nach Informationen der Bundesregierung in den vergangenen fünf Jahren wegen geringer Wasserstände in Kühlwasser führenden Flüssen oder zu hoher Wassertemperaturen gedrosselt oder abgeschaltet werden (bitte Standort, Kraftwerksleistung, Leistungsverringerung und Dauer der Einschränkung auflisten), und welche Strommengen konnten dadurch maßgeblich nicht produziert werden (bitte ebenfalls kraftwerksscharf auflisten)?
5. Welche sonstigen Einschränkungen durch extreme Wettersituationen der Stromproduktion in Kohle-, Atom-, Gas- oder Ölkraftwerken gab es in den letzten fünf Jahren nach Kenntnis der Bundesregierung?
6. Wie haben sich die Einschränkungen der Kraftwerksleistungen durch extreme Wettersituationen insbesondere im Jahr 2018 nach Informationen der Bundesregierung auf die Strompreise ausgewirkt?
7. Zu welchen Teilen konnte nach Informationen der Bundesregierung die Stromproduktion aus Solar- und Windkraftanlagen (on- und offshore) im Jahr 2018 die wetterbedingten Einschränkungen fossil-atomarer Kraftwerksleistungen kompensieren?
8. Auf welchen Wasserstraßen in Deutschland war der Transport von Energierohstoffen (Steinkohle, Öl, Benzin, Flüssiggas) in den letzten fünf Jahren durch niedrige Pegelstände nach Kenntnis der Bundesregierung beeinträchtigt?
9. Welche Auswirkungen auf Preise und Versorgungssicherheit hatten wetterbedingte Einschränkungen des Transportes von Energierohstoffen (Steinkohle, Öl, Benzin, Flüssiggas) auf Wasserstraßen im Jahr 2018 nach Kenntnis der Bundesregierung, und auf welche Summe beziffert sie die gesamtwirtschaftlichen Schäden durch diese Einschränkungen?

10. Welche energiepolitischen Maßnahmen hat die Bundesregierung bereits eingeleitet, um Beeinträchtigungen der Energieversorgung durch die beschriebenen Extremwetterlagen zu verringern, und welche Maßnahmen plant sie darüber hinaus bis wann (bitte auflisten)?

Berlin, den 14. Mai 2019

**Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion**

